



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/63

15. März 1950

Draussen und drinnen

P.R. Selten ist der ursächliche Zusammenhang zwischen einer aussenpolitischen Situation und bestimmten innenpolitischen Erscheinungen so deutlich geworden wie im letzten Abschnitt der Entwicklung in Deutschland. Dieses Junctim war auch einer der wesentlichen Gegenstände bei den Beratungen der führenden Körperschaften der SPD in Bonn Anfang dieser Woche. Mit allem Ernst wurden Gefahren aufgezeigt, die sich für die junge deutsche Republik und Demokratie aus einer anhaltenden aussenpolitischen Diffamierung Deutschlands ergeben müssen und die sich bereits Tag für Tag in versteckter Form zeigen.

Die Gefahr liegt vor allem in dem Abströmen grösserer Bevölkerungskreise zur äussersten Rechten, sie liegt also in einem Neofaschismus. Die Aufgabe, den Kommunismus in Westdeutschland nicht hochkommen zu lassen, hat in dankenswerter Weise die SED-Führung mit ihrer Politik in der Sowjetzone selbst übernommen und durchaus befriedigend gelöst.

Natürlich spielt als Förderin der erwähnten, sehr bedauerlichen Tendenzen auch die nach sozialdemokratischer Auffassung gänzlich unzureichende Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung eine wichtige Rolle, aber die weniger bedeutsame ist ohne Zweifel die Tatsache des hartnäckigen Beharrens der westalliierten Politik auf der Linie der Unterscheidung zwischen Siegern, Neutralen und Besiegten des zweiten Weltkrieges.

Man soll solche Hinweise nicht falsch verstehen. Niemand in Deutschland, der Sinn für politische Realitäten hat, wird auch nur versuchen können, eine Politik zu treiben, die die Zeit des Nationalsozialismus, des Krieges und des Zusammenbruchs des Hitler-Reiches heute einfach ignorieren will. Es geht nicht darum, wie es im Ausland oft dargestellt wird, sich vor bestimmten Verantwortlichkeiten und den Konsequenzen der beispiellosen Niederlage des Systems zu drücken, das der Todfeind auch jeder deutschen Demokraten gewesen ist.

Im übrigen weist die deutsche Vorleistung nach dem Kriege auch einen Betrag auf, der den Verdacht, man wolle sich solchen Konsequenzen

entziehen, eigentlich voll entkräftet haben sollte.

Aber es ist nun einmal so, dass die gegenwärtige weltpolitische Situation ein einfaches Beharren auf dem Prinzip der Vergeltung nicht zulässt. Auf amerikanischer Seite ist das relativ früh erkannt worden und man hat daraus praktische Folgen gezogen. Nicht so in den Ländern Europas. Die immer stärkere Herausbildung des einen, die Welt beherrschenden Gegensatzes zwischen Osten und Westen führte zu der dringenden amerikanischen Forderung, dass sich Europa eng zusammenschliessen sollte. Über Ansätze ist man bei der Verwirklichung dieses Zieles, das heute eine unumgängliche Lebensnotwendigkeit ist, nicht hinausgekommen.

Dieser europäische Gedanke ist nach dem Ende des Krieges und des Nazireiches vor allem in der jungen Generation eigentlich das einzige politische Ideal von erheblicher Anziehungskraft gewesen, das man in diesen Kreisen des Einsatzes für wert hielt. Durch eine unverständliche und oft geradezu antieuropäische Politik ist dieser Glaube bei Millionen gutwilliger Menschen schwer erschüttert worden und in unzähligen Fällen hat das schon zur Abkehr von dieser Idee und zur Rückkehr in die aus Tradition und gedankenloser Gewohnheit vertrautere Sphäre des rein nationalen Denkens geführt. Die Entschliessung der sozialdemokratischen Körperschaften hat eine Reihe der wichtigsten Tatbestände genannt, bei denen auch von bestimmter westallierter Seite offensichtlich unklug und kurzsichtig gehandelt worden ist.

Aber auf die Dauer wird man nicht um die Entscheidung darüber herumkommen, ob man wirklich den Schritt von der bequemen, sozusagen redensartlichen Behandlung der Frage des europäischen Zusammenwachsens zur praktischen Verwirklichung dieses Zieles gehen will oder nicht. Will man das tun, dann müsste man sich freilich entschliessen, auf eine Reihe von Siegervorrechten zu verzichten. Angesichts der Grösse des Unheils, das sonst nicht allein Deutschland, sondern ganz Europa droht, sollte es möglich sein, soviel politische Vernunft aufzubringen. Das würde auch die beste Voraussetzung dafür sein, vor allem auch im europäischen Interesse, dass die innenpolitische Entwicklung in Deutschland in den ruhigen Bahnen einer stetigen und gesunden Entwicklung verlaufen kann. Nur die Ordnung draussen schafft die Ordnung drinnen.

Der Schwanengesang der Partei Henry Wallaces

.....

Von unserem New Yorker H.St.-Korrespondenten

Die vor knapp zwei Jahren von Henry Wallace gegründete "Fort-schrittspartei" hat soeben in Chicago ihren zweiten Landesparteitag abgehalten. Ihr erster Parteitag, gleichsam die offizielle Geburts-urkunde der neuen Organisation, hatte im Sommer 1948 in Philadelphia stattgefunden; der zweite Parteitag, zwanzig Monate später, trug das Aussehen einer Trauerfeierlichkeit oder einer Toten-Gedächtnisfeier. Das alte Gesetz der USA-Innenpolitik, dass "Dritte Parteien" zwar vorübergehend einmal die innenpolitische Atmosphäre des Landes be-leben und in ihr neue Ideen zur Geltung bringen können, dass ihnen aber ein dauernder Einfluss auf das politische Gesicht Amerikas ver-wehrt bleibt, hat sich wieder einmal bewahrheitet.

In Henry Wallace stand ein Volkstribun von unerhörter Massen-wirkung auf. Langjähriger Mitarbeiter Roosevelts, schien er berufen, dessen Erbe anzutreten; Anhänger der Verständigung mit Russland, schien er der Mann des Friedens zu sein. Jedermann hielt einen Wahl-sieg Deweys bei den Präsidentschaftswahlen vom November 1948 für gewiss; mussten sich da nicht die fortschrittlichen Elemente der Linken unter neuen Fahnen sammeln, um den Geist Roosevelts hochzuhalten? Die neue Fortschrittspartei, aktiv unterstützt und bald auch heim-lich geführt von dem kleinen, aber gut gedrillten Kader der amerika-nischen Kommunisten, entfaltete eine Art "Volksfront"-Politik: sie suchte die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu erfassen, die alten Gefolgsleute Roosevelts, die Intellektuellen aus dem New-Deal-Lager, sowie die Angehörigen der nationalen Minderheiten im Lande, vor allem die Neger. Trumans schwankende Haltung in der Palästina-Frage sicherte ihr auch eine gewisse Gefolgschaft im jüdischen Pro-letariat New Yorks.

Der Gründungsparteitag, der Henry Wallace für die Präsidentschaftswahl nominierte, hatte enthusiastische und aufrichtige Delegierte aus 47 Staaten beisammengesehen. Die kommunistische Parteimaschine,

hauptsächlich vertreten durch den "linientreuen" Generalsekretär der Fortschrittspartei, Baldwin, organisierte die Kader der neuen Partei. Aber bei der Präsidentenwahl erhielt Wallace nur wenig mehr als eine Million Stimmen, und in der gleichzeitigen Kongresswahl

brachte die Partei nur einen einzigen Abgeordneten durch. Die breiten Massen der Gewerkschaftler (die in Amerika ungefähr dem entsprechen, was in Europa sozialdemokratisch denkt und wählt) liessen sich durch Wallace's Wahlversprechen nicht von ihrer alten Roosevelt-Linie abbringen und stimmten fast durchweg für Truman. Damit war der Partei das Rückgrat gebrochen.

Einer nach dem anderen, kehrten die "alten Rooseveltianer" der Fortschrittspartei den Rücken und gingen zu den Demokraten zurück, - allen voran Senator Glen Taylor, der bei den Wahlen auf der Wallace-Liste für das Amt des Vizepräsidenten kandidiert hatte.

Trumans "Fair-Deal"-Programm sammelte alle Elemente der "gemässigten Linken" im ganzen Lande um sich, namentlich auch unter den Negern.

Analog der Aussenpolitik wurde die Trennung zwischen Kommunisten und der nicht-kommunistischen Linken immer schärfer, in der noch verbleibenden Parteimitgliedschaft wuchs die Unzufriedenheit mit den linientreuen Beherrschern des Parteiapparates, gleichzeitig begannen die Kommunisten ihr Interesse an ihrem Patenkind, der Fortschrittspartei, zu verlieren, da diese ihren Händen zu entgleiten begann.

Alle diese Zerfallserscheinungen waren auf dem Chicagoer Parteitag deutlich sichtbar. Die angenommenen Resolutionen suchten die Meinungsverschiedenheiten zu verschweigen, in den verwaschenen Gemeinplätzen, wie "Kampf um den Frieden" lag der Verzicht auf eigenständige Politik. Es ist kaum übertrieben, diesen schwunglosen Parteitag als den Schwanengesang der Fortschrittspartei zu bezeichnen. Der Fall Henry Wallace, der ein ehrlicher, aber politisch ahnungsloser Mann ist, und seiner Partei, wird eine kurze Episode der amerikanischen Geschichte bleiben, - unfähig, weder die amerikanische Innenpolitik noch gar das weltpolitische Geschehen auch nur um ein Jota zu beeinflussen.

Politische Rotationsmaschinen

sp. Die Engländer haben es noch nicht aufgegeben, für Hammer und Sichel Propaganda zu machen. Der reichlich dramatisierten Verhaftung des KP-Abgeordneten Lehmann in Hannover folgte das Urteil gegen führende Kommunisten des Landesverbandes Niedersachsen. Propagandaminister Eisler kann zufrieden sein; was ihm in den letzten Tagen aus Hannover geboten wurde, enthebt ihn für einige Zeit der gut bezahlten Pflicht, die eigene Phantasie anzustrengen.

Das Urteil in dem, was die Kommunisten zu unrecht Demontageprozess nennen, zeichnet sich durch eine an englischen Gerichten

bisher vermisste Unsicherheit aus. Während es in der Anklageschrift volltönend hiess: "Herabsetzung des Ansehens der Besatzungsmacht", spricht man in der Urteilsbegründung nur von der "Möglichkeit, das Ansehen der Besatzungsmacht herabzusetzen". Das ist eine

Formulierung, die auszuwerten dem leninistisch geschulten Sophisten Eisler nicht schwer fallen wird. Nimmt man dazu als Hintergrund

die Silhouette des Elendsgebietes von Watenstedt-Salzgitter, dann erhält man ein Bild von der Verwirrung, die hier in guter Absicht, aber mit schlechten Mitteln angerichtet worden ist.

Es ist nicht unsere Absicht, die Verurteilten in Schutz zu nehmen; wir können aber die Feststellung nicht unterdrücken, dass

das Motiv "Herabsetzung des Ansehens der Besatzungsmacht" in diesem Fall zu einer schlecht klingenden Melodie ausgewertet worden

ist. Die Kommunisten Holländer, Sterzenbach, Lehmann und alle anderen, die in diesen kommunistischen Propagandarummel verwickelt

waren, haben bei anderen Gelegenheiten das Ansehen der Besatzungsmacht hunderte Male so herabgesetzt, dass man ihnen das Handwerk

schon längst hätte mit grösserem und unanfechtbarerem Recht legen können.

Das vernünftigste an dem Urteil ist die Beschlagnahme der Rotationsmaschine. Damit wird der kommunistischen Propaganda in

Niedersachsen endlich das weit aufgerissene Maul gestöpft. Aber auch dieses Vergnügen hätte man schon früher und billiger haben

können. Man hätte einmal die Herkunft der Maschine untersuchen müssen, damals schon, als sie vor Jahresfrist aufgestellt wurde und

man hätte wahrscheinlich sofort einen hieb- und stichfesten Grund gehabt, auch ohne Salzgitter die Maschine zu konfiszieren. In den

Westzonen laufen noch mehr solcher Rotationsmaschinen, die auf dunklen Wegen aus der Ostzone gekommen sind. Viele davon stammen aus ehemals sozialdemokratischen Verlagen. Mit der politisch notwendigen Beschlagnahme könnte man zugleich einen Akt der Wiedergutmachung verbinden - und das alles, ohne dass man Herrn Eisler Propagandastoff liefert. (m/2/153/hs)

- 0 - 0 -

Der Fluch über dem Czernin-Palais

-dt. Über dem Prager Czernin-Palais, einem wunderschönen Fürstensitz aus der Hochblüte des Barock und seit 1918 Sitz des tschechoslowakischen Aussenministeriums, waltet ein Fluch. Gestapochef Heydrich, der 1942 dort residierte, erlag einem tschechischen Attentat; "Reichsprotector" Daluge und Staatsminister Frank, die nach Heydrich im Czernin-Palais den Ton angaben, endeten an tschechischen Galgen; Neurath und Frick büssen in Spandau; der nächste Hausherr, Jan Masaryk stürzte unter geheimnisvollen Umständen aus dem zweiten Stockwerk des prunkvollen Palais. Nun ist Masaryks Nachfolger, der bisherige Aussenminister der CSR, Vladimír Clementis, an der Reihe. Nur Benesch, der von 1918 bis 1936 im Czernin-Palais residierte und dann in den Hradschin hinüberwechselte, nur er starb eines natürlichen Todes. Aber auch sein Tod ist von einem Geheimnis umwittert und seine Frau Hanna, die halb erblindet an einem weissen Stock durch das kommunistische Prag humpelt, möchte ins Ausland, um dieses Geheimnis aufzudecken.

Rund zwei Jahre war der robuste breitschultrige Slowake offiziell Herr im Czernin-Palais; inoffiziell war er es, seit er bei der Gründung der III. Republik als linientreuer Kommunist dem "westlerischen" Jan Masaryk als Staatssekretär zur Seite gestellt wurde. Mit robusten Ellenbogen schob er sich vor, als Jan Masaryks Sterbeglöckchen und damit seine, Clementis', Stunde schlug und verdrängte alle anderen Anwärter auf den Türschlüssel des Czernin-Palais.

Clementis ist ein alter Kommunist, aber zu der Zeit, da der Bolschewismus in Prag mehr geduldet als stark war, das war bis 1938, spielte er keine aufsehenerregende Rolle. Erst in der Emigration, in Frankreich und später in England keimte sein Weizen und entfaltete sich zur höchsten Blüte, als Benesch 1943 auf die russische Karte setzte und für seine Reise nach Moskau einige

Parade-Kommunisten brauchte. Dass dort die Rollen vertauscht wurden, wurde Benesch erst einige Jahre später bewusst. Von Moskau führte der Weg Clementis direkt in das Czernin-Palais; zunächst als zweiter, dann als erster Mann.

Der langjährige Aufenthalt im Westen mag ihn beeinflusst und ihm den leninistisch-stalinistisch-revolutionären Schwung genommen haben, dessen man bedarf, um in einer "Volksdemokratie" an führender Stelle bestehen zu können. Dass man seinen Freund Novy, bis dahin Chefredakteur des zentralen Parteiblattes "Rude Pravo" wegen "mangelnder kommunistischer Wachsamkeit" massregelte, mag für Clementis das letzte Warnzeichen gewesen sein.

Ob Clementis das Schicksal seiner Kollegen Rajk (Budapest), Kostoff (Sofia), Gomulka (Warschau) und anderer gefallener "volksdemokratischer" Grössen erleiden wird, ist noch nicht abzusehen. Vielleicht verschwindet er lautlos in der Versenkung und kann sich dann wieder seinem Stackenpferd zuwenden, das er als Rechtsanwalt in Pressburg ritt: zu dichten. Aber er wird wahrscheinlich keine Druckerei finden, die seine Gedichte druckt. Die Slowaken, argwöhnisch von Prag betrachtet und ohnedies an die Wand gedrückt, verlieren mit Clementis eine weitere Position im Prager Kabinett.

- o - o -

Aus der Bayern-Partei

sp. Dr. Eduard Maier, Rechtsanwalt in Schwandorf (Bayern), war Mitglied des Kreis Ausschusses der Bayern-Partei. Er ist nach Differenzen mit Baumgartner aus der Bayern-Partei ausgetreten. Seinem Abschiedsbrief entnehmen wir u.a.:

"Mit welchen politischen Methoden in der Führung der Bayernpartei gearbeitet wird, zeigt z.B. die Tatsache, dass ein anwesender fränkischer Kreisvorsitzender, der ehemals aktiver Offizier gewesen war, damit gegen mich eingenommen wurde, dass man erklärte, ich sei Abwehroffizier im Stabe Canaris gewesen. Dabei war ich, wie Herrn Dr. Baumgartner und Herrn Dr. Falkner aus meinem Lebenslauf genau bekannt war, während des ganzen Krieges Frontsoldat. Dass der Riss in der Bayernpartei schon lange vorhanden war und erst voll in Erscheinung getreten ist, zeigt klar und deutlich der Ausspruch Dr. Fischbachers am Ende der Sitzung: "Jetzt ist endlich Dr. Maier beseitigt, jetzt muss es aber sofort an die anderen gehen, von Aretin, Donhauser usw. Es ist auch der Öffentlichkeit nicht mehr länger vorzuenthalten, dass von seiten dieser radikalen Elemente Worte wie "Schwarz-weiss-rote Drecksäue" keine Einzelercheinungen waren. Die anständigen und besonnenen Elemente der Bayernpartei haben eben bisher einen vergeblichen Kampf gegen diesen engstirnigen Stammeshass geführt und Dr. Baumgartner muss auch begreifen, dass er nicht in Bayern gegen Bonn und Preussen und in Bonn für Deutschland und Preussen reden kann, ohne sich der politischen Lächerlichkeit preiszugeben".

- o - o -